

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/233

5. Dezember 1972

Noch einmal über die Runden gekommen

Vorerst weitere Kooperation zwischen CDU
und CSU

Seite 1 / 49 Zeilen

Tischtennispieler fahren nach Peking

Offizielle Sport- und Jugendbeziehungen zur
Volksrepublik China

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB
Stellv. Vorsitzender des Sportbeirates beim
SPD-Vorstand

Seite 2 und 3 / 54 Zeilen

Erziehung zu sozialem Verhalten

Zweiter Jugendbericht des Landes Nordrhein-
Westfalen

Seite 4 bis 6 / 96 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 50 37 - 38
Telex: 855 848 / 855 847/
855 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

Noch einmal über die Runden gekommen

Vorerst weitere Kooperation zwischen CDU und CSU

Das große Aufatmen in den beiden "Unions"-Parteien ist spürbar und hörbar: Die Arbeitsgemeinschaft der Bundestagsfraktionen der CDU und der CSU ist nach einem plötzlich ausgebrochenen Grabenkrieg für die nächsten Jahre gerettet worden, wobei alle Beteiligten schmerzhaft Wunden davongetragen haben. Der Riß ist geblieben. Dr. Rainer C. Barzel, der große Verlierer des 19. November 1972, wird, wie es die Fraktionsbestimmungen sowieso vorsehen, zunächst für ein Jahr amtieren, und dann wird man sehen, ob die bei ihm jetzt zweifellos erkennbar gewordene neue Energie so lange durchhält, daß man ihn auch in den übrigen drei Jahren der VII. Legislaturperiode noch als Fraktionsvorsitz-Verweser tätig sein läßt.

Überprüft man im Rückblick das laute Donnerwetter aus der Münchner Lazarettstraße, dem Sitz der CSU-Zentrale, und die ihm folgenden scharfen oder weicheren Reaktionen, dann bleibt der Tatbestand, daß Franz Josef Strauß unter Ausnutzung des Break-down des abgeschlagenen "Kanzlerkandidaten" mit Schrockschüssen seine Position und die der CSU verbessern wollte, um Barzel und damit die CDU ständig unter Druck setzen zu können. Das Ziel ist nur abschnittsweise erreicht worden, aber man weiß in der CSU-Zentrale jetzt, nach diesem vor aller Öffentlichkeit durchgespielten Testversuch, immerhin genauer, wie weit man gehen oder sich vorwagen kann. Insofern ist die Position der CSU gewiß fundierter und gesicherter geworden, wenngleich die Absicht, die CSU-Landesgruppe im Bundestag zu einer Art Gruppen-Selbstständigkeit hochdramatisieren zu lassen, nur sehr bedingt verwirklicht wurde. Jedenfalls ist auch nach der großen Einigung diese Trendabsicht keineswegs vom Tisch, und Dr. Rainer C. Barzel sieht sich zeit seines Amtes vor der Notwendigkeit, in allen wichtigen und gar schon in allen Grundsatzfragen jedesmal die formelle Einigung mit dem Fraktions-Partner herbeiführen zu müssen. Die Tatsache, daß es eine Art von "Grundvertrag" zwischen CDU und CSU geben soll, spricht allein schon Bände.

Erst nach der Verkündung des Oppositionsprogramms, das CDU und CSU erst nach Anhörung und Diskussion der Regierungserklärung nach dem 18. Januar fertigstellen wollen, wird man wissen, ob die beiden "Unions"-Parteien in dieser Legislaturperiode fähig sind, endlich brauchbare Alternativen aufzuzeigen oder ob sie sich wieder im ständigen Vorwahlkampf für das Jahr 1976 verlieren werden.

Das ist ganz gewiß zuvörderst auch eine Frage der Führung der Parteien und der Fraktionen, also der Antwort auf das personelle Problem. Und hier spricht nichts dafür, daß Franz Josef Strauß seine feste Absicht aufgegeben haben könnte, die Abwertung von Dr. Rainer C. Barzel pausenlos bis zum bitteren Ende fortzusetzen. Was mit ihm selbst geschieht, das steht auf einem anderen Blatt.

(ee/5.12.1972/bgy/cc)

Tischtennisspieler fahren nach Peking

Offizielle Sport- und Jugendbeziehungen zur Volksrepublik China

Von Dr. Adolf Müller-Ewert MdB

Stellv. Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Vorstand

Mitte Dezember dieses Jahres wird eine Delegation des Deutschen Tischtennisbundes zu einer Wettspielreise nach China fliegen. Das ist die erste Sportbegegnung zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Diesem Sportbesuch kommt neben dem sportlichen Interesse eine besondere sportpolitische Note zu. Seit mehr als zehn Jahren werden erstmals wieder Sportler der Bundesrepublik die Volksrepublik China besuchen: Eine Tatsache, die bei der politischen Bedeutung, die die Volksrepublik China der Körperkultur und dem Sport beimißt, nicht unterschätzt werden darf. Die Bundesregierung unterstützt diesen Neubeginn der Sport- und Jugendbeziehungen mit einer spürbaren Finanzhilfe.

Bereits zu Beginn dieses Jahres hatten die Chinesen bei einer Europareise ihrer Tischtennis-Nationalmannschaft mit einem Abstecher in die Bundesrepublik ihr nachhaltiges Interesse an einer schrittweisen Verbesserung der Sport- und Jugendbeziehungen zur Bundesrepublik unterstrichen. Nur aus subjektiver Prinzipientreue ist es verständlich, daß die Volksrepublik China eine - allerdings kurzfristig - offerierte Einladung für die Entsendung einer Beobachterdelegation zu den Olympischen Spielen 1972 mit Blickrichtung auf das olympisch noch unge löste Taiwan-Problem dankend abgelehnt hat.

Für die Sport- und Jugendorganisationen der Bundesrepublik kommt es jetzt darauf an, mit Geduld und ohne besondere Hektik wirkungsvolle Beiträge zur Weiterentwicklung der Beziehungen zur

Volksrepublik China zu liefern. Dabei muß vor allem für die Organisationsschwierigkeiten und die fachlich personellen Engpässe, auf die von den Chinesen selber hingewiesen wird, Verständnis aufgebracht werden.

Sowohl Bundesaußenminister Walter Scheel als auch der chinesische Außenminister Chin Peng - fei hatten anlässlich des Besuches von Außenminister Scheel in Peking die Bedeutung des Sports und der Jugendkontakte für die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen hervorgehoben. So ist es denn auch zu begrüßen, daß die Bundesregierung ebenfalls eine Finanzausgabe für die Durchführung der I. Tischtennis-Weltmeisterschaften der Studenten im Februar 1973 in Hannover gegeben hat. Der chinesische Tischtennis-Verband hat bereits seine Teilnahme zugesagt.

Im Rahmen einer kontinuierlichen Zusammenarbeit werden sich die Kontakte schon in Kürze auf andere Bereiche des Sports und des Jugendaustausches ausdehnen lassen. Für die Chinesen dürfte es interessant sein, durch Besuche von Fachdelegationen auch Informationen über den Sportstättenbau, die Sportwissenschaft sowie den Breiten- und Spitzensport in der Bundesrepublik zu erhalten. Eine besondere Position erhält der bundesdeutsche Sport im Hinblick auf die von Peking erstrebte Mitgliedschaft im IOC. In Willi Daume, dem Vizepräsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, haben die Chinesen einen starken Befürworter für den Wiedereintritt ins IOC.

Die umfassende Beteiligung der Volksrepublik China am Welt-sportgeschehen liegt auch im Interesse einer sinnvollen Sport-politik der Bundesrepublik Deutschland. (-/5.12.1972/ks/ex)

Erziehung zu sozialem Verhalten

Zweiter Jugendbericht des Landes Nordrhein-Westfalen

"Das Ziel ist die Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanenten Lernprozeß die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten". Dieser Satz aus der Regierungserklärung Willy Brandts vom Oktober 1969 könnte gleichsam als Motto über dem Bericht "Jugend in Nordrhein-Westfalen" stehen, den der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Werner Figgen, den Abgeordneten des Düsseldorfer Landtags übergeben hat.

Dieser zweite Jugendbericht des Landes Nordrhein-Westfalen ist nicht bloß eine Fortschreibung des ersten, und ist auch nicht nur nackte Situationsdarstellung: Er will vielmehr den Aufgaben der obersten Landesbehörde, auch Impulse zu geben, gerecht werden. Einen Beitrag zur Grundlagenforschung allerdings leistet der vorgelegte Bericht nicht; das aber kann wohl auch nicht Aufgabe einer solchen Arbeit sein. Im übrigen beabsichtigt der sozialdemokratische Minister noch mehr als bisher, Forschungsaufträge zu vergeben, um bessere Grundlagen für eine erfolgreiche Jugendpolitik zu erhalten.

Beispiel für solch eine Forschungsarbeit ist die ebenfalls dieser Tage von Minister Figgen vorgelegte Untersuchung "Jugendheime in Nordrhein-Westfalen". Diese empirisch-soziologische Studie, im Auftrag von Prof. Dr. Werner erarbeitet, setzt sich mit der Effektivität von Jugendheimen der offenen und der teil-offenen Tür auseinander. Gerade die kritischen Aussagen der Untersuchung ("Vielfach hatte man den Eindruck, daß der gesamte Heimbetrieb sich lediglich um eine Tischtennisplatte und um den Kicker herum abspielte") werden wohl fruchtbare Diskussionen auslösen.

Aber zurück zum Jugendbericht, durch den sich wie ein roter Faden die Verbindung von Jugendhilfe und Bildung zieht. Dabei wird Bildung hier nicht so sehr als Einüben überkommener Kultur-

techniken und der Sprache einer bestimmten Schicht begriffen. Bildung wird vielmehr als Erziehungsmittel zur Selbstbestimmung, zum sozialen Verhalten und zur Entfaltung des Kindes und Jugendlichen verstanden. Erziehung als eine gesellschaftspolitische Aufgabe also. In diesem Zusammenhang mißt der Bericht dem Begriff Chancengleichheit natürlich erhebliche Bedeutung bei.

Ein umfangreiches Kapitel des Jugendberichts ist der Erziehung im Elementarbereich gewidmet. Dabei wird selbstverständlich auf das am 1. Januar 1972 in Kraft getretene Kindergartengesetz des Landes verwiesen, durch das nicht nur für Nordrhein-Westfalen richtungswisende Akzente gesetzt wurden. Beispielsweise verankert eben dieses Gesetz erstmals die schon seit Jahren bestehende Forderung nach Mitwirkung der Erziehungsberechtigten bei der Erziehung im Kindergarten.

Übrigens machen eindrucksvolle Zahlen die steten, erfolgreichen Bemühungen des Ministers gerade auf diesem Sektor deutlich: Am 31. Dezember 1969 gab es in NRW 4.531 Tageseinrichtungen für Kinder, am 31. Dezember 1971 waren es schon 5.170. Die Zahl der Kindergartenplätze hat sich von Ende 1970 bis 1971 von 298.698 auf 324.028 erhöht. Die Landeszuschüsse zu den Personal- und Sachkosten stiegen von 2,1 Millionen DM im Jahre 1968 auf 60 Millionen DM im Jahre 1972.

Auch bei der Heimerziehung, so verdeutlicht der zweite Jugendbericht, zeigt sich ein beachtlicher Wandel, der, denkt man beispielsweise an mehr Mitwirkungsrechte der Jugendlichen, als Demokratisierung bezeichnet werden kann. Zudem sind in den vergangenen Jahren Wohngruppen gebildet worden, die anfangs häufig aus Jugendlichen bestanden, die aus Heimen entwichen waren. Die oft wirkungsvolle Arbeit solcher Wohngemeinschaften wird anerkannt, es gilt jedoch als sicher, daß Wohngruppen die Heimerziehung auch in Zukunft nicht überflüssig machen können. Erziehung in Heimen, die Tendenz ist klar, wird nicht mehr bestimmt von Massenpädagogik und stumpfen Reglement; kleine, überschaubare

Lebensgruppen, stärkere Spezialisierung und Differenzierung setzen sich allenthalben mehr und mehr durch.

Wesentliche Voraussetzung für alle begonnenen und geplanten Maßnahmen, für alle beteiligten Ämter, Träger und Institutionen, für Förderung, Beratung, Betreuung und Bildung ist eine ausreichende Zahl von Fachkräften. Genau hier aber hapert es. Deshalb legt die Landesregierung auf Aus- und Fortbildung von Fachleuten besonderen Wert.

Als letztes soll ein Punkt herausgegriffen werden, der ohne Fragen spürbares Gewicht hat: die außerschulische politische Jugendbildung. Das Referat mit anschließender Diskussion dürfte nicht mehr sonderlich beliebt sein. Mitarbeit in Projektgruppen erscheint den meisten Jugendlichen attraktiver. Jugendbildung im politischen Bereich wird auch die Teilnahme an politischen Aktionen berücksichtigen und die notwendigen Informationen dazu vermitteln müssen. Unkenntnis und unkritische Einstellung dürfen den Wert solcher Aktionen jedenfalls nicht beeinträchtigen.

Besonders dieser Aspekt des Jugendberichts berücksichtigt das seit einigen Jahren immer stärker werdende politische Interesse der Jugendlichen, die sich nicht mehr als Objekte in einer festgefühten, unveränderbaren Umgebung begreifen wollen. Die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlrechts hat diese hoffnungsvolle Entwicklung sicherlich begünstigt. Und die letzten Bundestagswahlen haben einmal mehr bewiesen, daß die politische Abstinentz der fünfziger und frühen sechziger Jahre einem zunehmenden Engagement auch der Jugendlichen gewichen ist, das sich jenseits aller undemokratischen Radikalität in Bürger- und Wählerinitiativen, in erfolgreicher Partei- und Gewerkschaftsarbeit und in Aktionsgruppen darstellt.

Kurzum, politische Bildung darf nicht länger als spezielle Bildung für künftige Politiker betrachtet werden. Politische Bildung ist vielmehr "Voraussetzung einer auf Selbstbestimmung und soziale Emanzipation hinstrebenden Gesellschaftsform und damit ebenso notwendig wie die berufliche und kulturelle Bildung".

Tim Arnold

(-/5.12.1972/ks/ex)